

Slowakei

JURAJ ALNER

Der Staatssekretär im Außenministerium der slowakischen Republik Jan Figel resümiert, 1998 sei das Jahr der politischen, 1999 der wirtschaftlichen und 2000 vor allem der legislativen Integration gewesen. Nach der Parlamentswahl 1998 lag die Priorität auf der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien in Bezug auf die Verhältnisse im Nationalrat, die Minderheitenfrage und die Wahl des Staatspräsidenten. Dann sind die Fragen der Privatisierung der größten Betriebe und der Banken aktuell geworden, die Senkung der wachsenden Arbeitslosigkeit – bisher erfolglos – und die Annäherung an das Wirtschaftsniveau der Europäischen Union (EU). Zugleich befasst sich die Regierung seit 2000 auch intensiv mit den 29 Kapiteln der Beitrittsverhandlungen mit der EU. Die Auseinandersetzung mit neuen oder längst latent existierenden Schwierigkeiten stellte im Jahr 2001 indessen die politische Stabilität auf den Prüfstand.

Die Minderheitenfrage

Während sich die Lage der Ungarn im Lande – sie stellen 11 Prozent der Bevölkerung – durch die Beteiligung der Minderheitspartei (SMK) an der Regierung günstig entwickelt, ist die Lage der armen Minderheit, der Roma, dagegen ernst. Statistiken zufolge leben in der Slowakei 76.000 Roma, nach Schätzungen sind es etwa 300.000, das heißt fast 6 Prozent der Bevölkerung. Die meisten von ihnen sind arbeitslos, in mehreren Orten sogar fast 100 Prozent, ihre Lebensbedingungen sind mit nichts in Europa vergleichbar. Die Regierung betrachtet dies als ein Problem, das man auf nationaler Ebene nicht lösen könne, auch EU-Kommissar Günter Verheugen sieht die Roma-Frage als das Schlüsselproblem der Slowakei.¹ Viele Hilfsprojekte kommen indessen von den Nichtregierungsorganisationen.

Umfragen zeigen, dass die Slowakei ein durchschnittliches europäisches Land ist: es gibt einige Tausend „harte“ Rassisten und sehr viele „weiche“. Im November 2000 haben 81 Prozent der Befragten geäußert, sie möchten „die Roma nicht als Nachbarn haben, 80 Prozent möchten keine ehemaligen Häftlinge, 75 Prozent keine Alkoholiker“.² Es mangelt an gezielten langfristigen Projekten, die zuerst die Lage der Roma und anschließend die öffentliche Meinung „europäisieren“.

Veränderungen in der Parteienlandschaft – Demokratie auf dem Prüfstand

Oberste Priorität für alle Parlamentsparteien wird zunehmend der Beitritt zur EU, ebenso verhält es sich für fast alle auch mit dem NATO-Beitritt. Drei Nachbarn, die

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Visegrad-4-Partner Polen, die Tschechische Republik und Ungarn sind seit 1999 in der NATO, Österreich seit 1995 in der EU; der Slowakei ist es dagegen erst im Jahr 2000 gelungen, Mitglied der OECD zu werden. „Alles ist nun der Integration untergeordnet“, behauptete der ehemalige Vizepremier für Integration Pavol Hamzik.

„Alles“ allerdings mit Fragezeichen, denn seitdem nach der Parlamentswahl 1998 eine (zu) breite demokratische Koalition die Regierung gebildet hat, sind die Kontinuität in der Parteienlandschaft und damit in der Demokratie eine fragile Angelegenheit geworden. Die große Koalitionspartei SDK (Christdemokraten, Konservative, Liberale, Sozialdemokraten und Grüne) ist teilweise in die ursprünglichen Mutterparteien zerfallen und in der Parlamentsfraktion sind von 42 nur noch 24 Abgeordnete geblieben. Der SDK-Vorsitzende und Regierungschef, Mikulas Dzurinda, hat inzwischen eine neue Partei gegründet, die SDKU (Slowakische demokratische christliche Union), hat mehrere Spitzenpolitiker der KDH (Christlich-demokratische Bewegung) gewonnen und den Großteil der liberalen DU (Demokratische Union). Der Versuch, die christlich-liberale Partei zu etablieren, hängt in diesem Fall mit der Überzeugung von der Notwendigkeit einer möglichst breiten demokratischen Plattform für die Parlamentswahl 2002 zusammen.

Dies war – zumindest bis Juni 2001 – nicht sehr erfolgreich. Umfragen zeigen nämlich, dass die SDKU nur mit 6 bis 10 Prozent der Wählerstimmen rechnen kann. Die stärkste Kraft ist immer noch die HZDS, die Bewegung für eine demokratische Slowakei, von Vladimir Meciar mit 23 bis 29 Prozent, gefolgt von der Smer (zwischen 12 und 20 Prozent, Die Richtung) des früheren Vizepräsidenten der SDL (Partei der demokratischen Linken), Robert Fico. Fico, den man als europäerfahrenen Populisten bezeichnen kann (er war Vertreter der slowakischen Regierung beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte), ist davon überzeugt, dass ohne ihn keine Regierung gebildet werden könne und spielt sogar mit dem Gedanken, an ihrer Spitze zu stehen, ohne Meciar, aber nicht unbedingt ohne die HZDS. Am 22. April 2001 entstand die lange angekündigte Partei ANO („Ja“, Abkürzung für die „Allianz des neuen Bürgers“), die im Juni in Umfragen schon über 7 Prozent Zustimmung erhielt, von Pavol Rusko, Mitbesitzer der größten Fernsehgesellschaft im Lande, der vor der Präsidentenwahl 1999 eine groß angelegte Kampagne für den späteren Sieger Rudolf Schuster organisiert hat. Dzurindas Traum von einer Partei, die stärker sein wird, als die Meciar, zeigt sich folglich als nicht realistisch.

Der Fortbestand der Regierungskoalition ist von Tag zu Tag fraglicher. Bis Juni 2001 wurden 6 von 20 Ministern ausgetauscht. Umfragen¹ zufolge steigt das Misstrauen gegenüber Regierungschef Dzurinda, auch Staatspräsident Schuster hat fast die Hälfte seiner Anhänger verloren, er hat auch immer mehr politische Gegner. Er selbst zählt auch den Regierungschef zu ihnen. Seine Rede vor dem Parlament zur Lage im Lande vom 25. Mai 2001 war gegenüber der Regierung äußerst kritisch.

Ein aktueller Streitpunkt ist ein Gesetz zur regionalen Gliederung des Landes. Es herrschte keine Einigkeit über die Anzahl der regionalen Einheiten. Schließlich hat das Parlament den von der SDL unterstützten Vorschlag der Opposition, 8 Kreise zu bilden und die 75 Bezirke nicht abzuschaffen, angenommen. Die meisten Regierungsparteien haben das als Niederlage der Reform der öffentlichen Verwaltung

bezeichnet. Die ungarische SMK droht sogar, aus der Koalition auszutreten, was die weitere Existenz der Regierung in Frage stellen kann. Zu einer verbindlichen Diskussion über die wesentlichen Fragen ist es gar nicht gekommen: die Kompetenzen der Einheiten und ihre Finanzierung. Es scheint, mehrere Politiker der Slowakei fürchteten, durch die Dezentralisierung die Kontrolle über das Land zu verlieren, und die noch immer zu große Zahl der Bürokraten fürchte den Verlust des Postens, der oft Korruption ermöglicht.

Stand der Beitrittsverhandlungen

Zum 15. Juli 2001 waren alle 29 Kapitel geöffnet und 19 vorläufig geschlossen worden (genauso Estland und die Tschechische Republik, Ungarn hatte 19 und Polen 16 geschlossen). Der Außenminister Eduard Kukan hat Ende 1999 erklärt, die Slowakei würde am 1. Januar 2004 für den Beitritt vorbereitet sein. Zur Frage nach dem Beitrittstermin „ist für die Slowakei wichtig, in demselben Jahr Mitglied der EU zu werden, wie die anderen Visegrad-Länder“. Die Slowakei möchte die zwei verlorenen Jahre im Vergleich zu den Nachbarn nachholen: die „Luxemburger Gruppe“ hat nach Dezember 1997, die „Helsinki-Gruppe“ nach Dezember 1999 angefangen. Bisher nicht eröffnete Verhandlungen betreffen jedoch die schwierigen Kapitel: Landwirtschaft, Finanzkontrolle, Justiz und Inneres und Steuern.

Eine wichtige Debatte ist die der Übergangsfristen. Die Slowakei hat die vor allem von Österreich und Deutschland verlangten fünf bis sieben Jahre bei der Freizügigkeit der Personen als nicht begründet bezeichnet, mehrere Politiker empfinden sie als diskriminierend. Trotzdem hat man dieses Kapitel abgeschlossen.

Die Ergebnisse von Nizza

Die Slowakei hat zufrieden akzeptiert, dass sie im künftigen Rat mit 7 genauso viele Stimmen wie Dänemark, Finnland, Irland und Litauen haben wird, im Parlament werden 13 Abgeordnete (wie aus Dänemark und Finnland) sitzen. Das bringt nach langem Außenseiter-Dasein das Gefühl, ein gleichberechtigter Partner zu sein. Adiiert verfügen die Visegrad-Staaten im Rat über dieselbe Stimmenzahl wie Frankreich und Deutschland zusammen. Durch die von Österreich initiierte Partnerschaft könnte Mitteleuropa „dem Westen“ gegenüber sogar eine wichtige Rolle spielen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Arbeitslosigkeit hat im Januar 2001 mit 20,8 Prozent einen Höchststand erreicht, seitdem ist sie auf 19 Prozent gesunken. Die Regierung hat zum ersten Mal die „öffentlich-nützliche Arbeit“ finanziert: Sie hat Gelder für die Gemeinden zur Verfügung gestellt, in denen man kurzfristig Arbeit für Arbeitslose geschaffen hat. Die Importe sind stärker gewachsen als der Export, was sich negativ auf das Wirtschaftswachstum ausgewirkt hat. Das Handelsdefizit im Januar 2001 betrug 123 Millionen Euro, bis Ende März schon 440 Millionen Euro, fast dreimal höher als zum selben Zeitraum im Vorjahr. Die Zentralbank erklärt, dies ergebe sich aufgrund

der dynamischen Importe im Bereich Maschinen und Technologie, was die Belebung der ökonomischen Aktivitäten nach sich ziehen werde.⁴ Die Inflation lag im April 2001 bei nur 7,6 Prozent im Jahresdurchschnitt 2000 waren es noch 12 Prozent gewesen. Das Wachstum des BIP entsprach im Jahr 2000 mit 2,2 Prozent den Erwartungen.⁵ Dabei gehört die Hauptstadt Bratislava, die 99 Prozent des durchschnittlichen BIP der EU erreicht, zu den reichsten Städten in den zehn MOE-Staaten; vor ihr liegt nur noch Prag mit 115 Prozent.⁶ Das Wachstum der Industrieproduktion ist seit 1999 positiv, im Januar 2001 waren es 9,2 Prozent, wobei es aber keine neue Produktion gibt. „Während der Westen die Verbraucherindustrie, hat dieses Land in der kommunistischen Zeit die Schwerindustrie entwickelt. Nun sind wir zur Montagewerkstatt Europas geworden.“⁷

Im Rahmen der Heranführungsstrategie der EU lag im Jahr 2000 der Schwerpunkt der PHARE-Förderung auf der Infrastruktur und der Energie (63,4 Millionen Euro). Seit 2000 finanziert die EU daneben zwei weitere Programme: ISPA – jährlich 36 bis 57 Millionen Euro – und SAPARD – jährlich 18,3 Millionen Euro.

NATO-Beitritt 2002?

Bei einer Umfrage im März 2001 waren 51 Prozent für (und 35 Prozent gegen) den Beitritt zur NATO – zum ersten mal seit dem Kosovo-Krieg mehr als die Hälfte der Bevölkerung – möglicherweise erste Anzeichen der breiten Aufklärungskampagne der Regierung und einiger NGOs. Neben dem EU-Beitritt ist die NATO-Mitgliedschaft die zweite (in der Zeitfolge die erste) Priorität der Regierung. Seit 2000 gibt es einen zusätzlichen Staatssekretär im Verteidigungsministerium – zuständig für den NATO-Beitritt. Die Regierung meint, es gebe einen direkten Zusammenhang zwischen der NATO-Mitgliedschaft und dem Zufluss der Auslandsinvestitionen: als Mitglied der Allianz werde das Land „automatisch“ glaubwürdiger. Am 11. Mai 2001 hat in Bratislava die NATO-Konferenz aller Beitrittskandidaten stattgefunden; die Gastgeber glauben an das Erweiterungsmodell S+S (Slowenien und Slowakei) schon beim Prager NATO-Gipfel 2002.

Anmerkungen

- 1 Sme, 26.2.2001.
- 2 Focus, in: Pravda, 11.11.2000.
- 3 MVK, Bratislava März 2000, Juni 2001 und GfK Bratislava Juni 2001.
- 4 NBS-Gouverneur Marian Jusko, in: Sme, 22.5.2001.
- 5 Im Vergleich: Tschechische Republik 5,5%, Ungarn 5,2%, Polen 4,1%. Institut der internationalen Finanzen, Bratislava, in: Sme 24.4.2001.
- 6 Bratislavské noviny 6/2001.
- 7 Ondriska, Pavol: Slavia Capital, in: Sme, 15.3.2001.

Weiterführende Literatur

- Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/2001, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 6.4.2001 (Osterweiterung).
Connection. The Official Newsletter of the American Chamber of Commerce in Slovakia. 2000-2001 (<http://www.amcham.sk>).
- EuroExpres (monatlich) 2000-2001, Imedex a.s.
Euromagazin (zweimonatlich) 2000-2001, Delegation der Europäischen Kommission in der Slowakei.